

## Industrielle Wertschöpfungsketten in NRW stärken

Seit einigen Jahren steht unsere Industrie massiv unter Druck. Bei immer weniger Standortfaktoren sind wir international wettbewerbsfähig. Dringend notwendige Investitionen finden immer häufiger jenseits der Grenzen statt. Als größte Industrieregion Europas ist Nordrhein-Westfalen dabei besonders gefordert. Unser Alleinstellungsmerkmal im internationalen Standortwettbewerb – unsere vollständigen industriellen Wertschöpfungsketten von der Grundstoffindustrie bis zum Verarbeitenden Gewerbe – ist zunehmend gefährdet. Hier drohen einzelne Kettenglieder zu reißen. Das hätte massive Auswirkungen für Investitionen und Arbeitsplätze am Industriestandort NRW. Hier gilt es gezielt gegenzusteuern:

- **Neues Grundempfinden für die Bedeutung der Industrie schaffen:** Eine erfolgreiche Industriepolitik für Zukunftsinvestitionen und Arbeitsplätze erfordert zuerst breite gesellschaftliche Akzeptanz – auch hier im Industrieland Nordrhein-Westfalen. Es ist daher auch Aufgabe der Politik, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen industriepolitischer Maßnahmen klar herauszustellen.
- **In relevante Standortfaktoren investieren:** Der Staat muss die Wettbewerbs- und Wachstumsbedingungen durch Investitionen in Infrastruktur verbessern – ins Verkehrswesen, in Digitalisierung, in Forschung und Bildung. Branchenübergreifend existenziell bleibt aber die Senkung der Energiepreise auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau. Das ist die Schlüsselfrage für die Zukunft unserer Wertschöpfungsketten, gerade für die vielen energieintensiven mittelständischen Industriebetriebe.
- **Bürokratie abbauen:** Überregulierung und ausufernde Bürokratie sind gravierende Investitionshemmnisse und damit Sand im Getriebe bisher funktionierender Wertschöpfungsketten. De-Regulierung und Bürokratieabbau auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene reduziert aber auch nicht nur Kosten. Der freigesetzte Handlungsspielraum ist ebenso wachstums- wie innovationsfördernd und erhöht damit die Produktivität.
- **Staat muss sich bei Eingriffen in die Wirtschaft zurückhalten:** Die Zukunftsmärkte und -technologien werden in der Marktwirtschaft durch freien Wettbewerb bestimmt. Doch statt nur die Spielregeln zu setzen, wird der Staat immer häufiger zum Mitspieler – und verdrängt dabei privates Engagement. Der Staat muss sich wieder viel mehr auf seine eigentlichen Aufgaben beschränken: die Infrastruktur ausbauen, für wettbewerbsfähige Bedingungen sorgen und so die Wertschöpfungsketten stärken.

**Fazit:** Noch sind die geschlossenen industriellen Wertschöpfungsketten in NRW ein echtes Pfund für unser Land. Um sie als Basis für Wachstum und Beschäftigung weiter zu entwickeln, brauchen wir eine Wirtschaftspolitik, die den Industriestandort NRW stärkt – durch international wettbewerbsfähige Energiepreise, Investitionen in Infrastruktur und einen entschlossenen Abbau von Bürokratie.